



Region Hannover

Region Hannover, Postfach 147, D-30001 Hannover

Europäische Kommission
Generalsekretariat
Unit D1
B - 1049 Brüssel

Per Mail an: EU2020-publicauthority@ec.europa.eu

Der Regionspräsident

Team/Fachbereich	EU- Angelegenheiten
Dienstgebäude	Hildesheimer Str. 20
Ansprechpartner	Andreas Listing
Zeichen	01.04
Telefon	+49511 6 16 – 23215
Telefax	+49511 6 16 –23458
E-Mail	
Andreas.Listing@region-hannover.de	
Internet	www.hannover.de

Hannover, 15.01.10

Erwartungen der Region Hannover zur zukünftigen EU Strategie bis 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich Ihnen nachfolgend unsere Stellungnahme zur zukünftigen EU Strategie bis 2020 zu übersenden.

Exkurs: Die Region Hannover als Modell

Mit der Region Hannover besteht seit dem Jahr 2001 eine gemeinsame Politik- und Handlungsebene für die Landeshauptstadt Hannover und ihren näheren Verflechtungsbereich, deren Kompetenzen deutlich weiter gehen als die aller anderen regionalen Institutionen in den deutschen Großstadregionen und die auch auf europäischer Ebene als modellhaft anzusehen sind. Sie bündelt alle wesentlichen regionalen Zuständigkeiten der öffentlichen Daseinsvorsorge für einen Verdichtungsraum von ca. 2.300 qkm Fläche mit 1,1 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern. Die Region Hannover wurde als Verband von 21 Kommunen und regionale Gebietskörperschaft durch Landesgesetz gebildet; initiiert und vorbereitet wurde dieses Reformprojekt durch kommunale Verwaltungsfachleute. Mit der Regionsbildung konnten der Kommunalverband Großraum Hannover und der Landkreis Hannover aufgelöst werden. Auch die vorher kreisfreie Landeshauptstadt Hannover hat wesentliche Aufgaben (insbesondere Krankenhäuser, Berufsschulen, Abfallwirtschaft, Umweltschutz) an die Region abgegeben. Hinzu kamen einige bis dahin staatliche Aufgaben. Neben der Bündelung der regionalen Aufgaben in einer Hand wurde mit der Regionsbildung also auch eine Straffung der öffentlichen Verwaltung mit einer klaren Zuordnung von Verantwortlichkeiten erreicht.

Die Region Hannover bündelt alle wichtigen Aufgaben in der Sozial- und Jugendpolitik, im Umwelt und Naturschutz und der Raumordnungs- und Verkehrsplanung. Die Region ist auf ihrem Gebiet die zuständige Trägerin des Öffentlichen Nahverkehrs egal ob Bus, S-Bahn, Straßenbahn oder Metro/Stadtbahn. Als Gesundheitsbehörde stellt sie den örtlichen Seuchen- und Gesundheitsschutz sicher, kontrolliert als Lebensmittelbehörde Gaststätten, Supermärkte und Schlachthöfe. Sie sorgt als Tierschutzbehörde für die Einhaltung der Tierschutzbestimmungen auch am Flughafen Hannover/Langenhagen. Die Region sorgt für die Infrastruktur in den Berufsschulen und ist über ihr Tochterunternehmen Klinikum Region Hannover GmbH einer der großen kommunalen Krankenhausträger in Deutschland.

Sprechzeiten

Mo. u. Fr. 9 bis 12 Uhr
Mi. u. Do. 9 bis 15.30 Uhr

und nach Vereinbarung

Station Aegidientorplatz

Bus 100, 120, 200
Stadtbahn 1, 2, 4, 5, 6, 8,
10, 11, 17

Schlägerstraße 1, 2, 8

Bankverbindungen

Sparkasse Hannover
18 465 (BLZ 250 501 80)

Postbank Hannover
1259-306 (BLZ 250 100 30)

Regeln zur elektronischen Kommunikation:
www.hannover.de/region-hannover-vps

Orientierung an der Lissabon Strategie

Grundsätzlich begrüßt die Region Hannover die Fortsetzung der Lissabon Strategie für die EU, da sie die Gewähr bietet, Wachstum durch ökologisches Wirtschaften zu generieren und damit auch gleichzeitig die notwendigen Klimaziele vorgibt. In diesem Zusammenhang unterstützen wir ausdrücklich die Förderung von raum- und umweltverträglicher Mobilität und verweisen dazu auf unseren Beitrag zum Grünbuch „urbane Mobilität“ sowie unseren Beitrag zum Aktionsplan „Mobilität der EU-Kommission, die europäische Fachtagung Mobility2010.de.

Denke global und handle lokal

Die zukünftige Förderstrategie muss sich nach der Leitlinie „Denke global und handle lokal“ ausrichten. Bereits in unserer Stellungnahme zum Grünbuch territoriale Kohäsion der EU-Kommission haben wir darauf hingewiesen, dass die Kommunen, Kreise und die Region Hannover eine zentrale Rolle bei der EU-Strukturpolitik besitzen. Sie können schneller wirtschaftliche und soziale Verwerfungen erkennen und entsprechende Gegenmaßnahmen einleiten. Dies entspricht auch den Erkenntnissen der EU-Kommission in der „Mitteilung zu den Ergebnissen der Verhandlungen über kohäsionspolitische Strategien und Programme im Programmplanungszeitraum 2007-2013“.

Mehr dezentrale Budgets zur Stärkung der lokalen Verantwortung

Wir treten dafür ein, den bereits eingeschlagenen Weg der Regionalisierung von EU-Strukturfondsmitteln auszubauen und damit die kommunale Verantwortung zu stärken. Die lokale und regionale Ebene sollte bei der Planung, der Förderentscheidung sowie bei der Evaluation von EU Fördermitteln eingebunden werden. Diese Vorgehensweise entspricht auch dem Weißbuch „Multilevel Governance“ des Ausschusses der Regionen sowie der Ankündigung der EU-Kommission im Strategiepapier 2020. Gerade große kommunale Gebietskörperschaften wie die Region Hannover sollten von der EU-Kommission nicht nur theoretisch sondern endlich auch praktisch stärker in die Konzeption und Umsetzung von Strukturpolitik und Strukturförderung eingebunden werden.

Überprüfung der Entscheidungsebenen nach NUTS Klassifizierung

Wenn die EU-Kommission das Prinzip der Multilevel Governance ernsthaft verfolgen will, geht an einer Überprüfung der NUTS Klassifizierung kein Weg vorbei. Statt der NUTS II Ebene (Länder) sollte zukünftig die NUTS III Ebene entscheidend bei der Programmierung für kleinräumige Förderung sein. Die Länder in der NUTS II Ebene könnten eine Bündelungsfunktion übernehmen. Gerade die Region Hannover als Modell für den Ausgleich der Stadt-Umland Konkurrenz kann hier eine Vorreiterrolle übernehmen.

Fortführung der Ziel 2 Förderung

Die Erfolge der Ziel 2 Förderung in RWB Gebieten, von der auch die Region Hannover im laufenden Programmjahr profitierte, zeigen, dass eine Fortsetzung über den Programmzeitraum 2013 hinaus unabdingbar ist. Sonst kann es passieren, dass durch das Ausbleiben flankierender Maßnahmen die positiven Wachstumsimpulse verpuffen.

Weniger Bürokratie

Eine mehr Ergebnis orientierte Förderpolitik darf aber auf keinen Fall dazu führen, dass der ohnehin hohe bürokratische Aufwand bei Beantragung, Abwicklung und Evaluation noch ausgeweitet wird. Stattdessen ist ein Abbau bürokratischer Hürden und damit eine Vereinfachung der Projektbeantragung und Projektabwicklung dringend erforderlich.

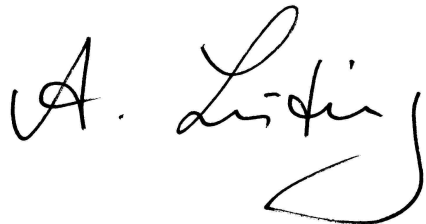
Die drei Säulen der Strukturfonds

Der im „Orientation Paper“ gemachte Vorschlag von Kommissar Samecki, die Kohäsionspolitik auf drei Säulen und damit drei Strukturfonds zu verankern, wird von uns unterstützt. Es sind im Einzelnen:

- EFRE: fördert die wirtschaftliche Entwicklung und strukturelle Anpassung in Regionen durch Investitionen
- ESF: verbessert die Beschäftigungsmöglichkeiten verbessern, Anpassungsprozesse bei Unternehmenszweigen im Wandel unterstützen und bei sozialer Ausgrenzung helfen.
- Kohäsionsfond: stellt den Anschluss der ärmeren Regionen durch nachhaltiges ökologisches Wirtschaften her

Dessen ungeachtet sollten die bestehenden Redundanzen in der Förderkulisse insbesondere zwischen ELER und EFRE sowie Life + durch die EU abgebaut werden, um mit den vorhandenen Haushaltsmitteln einen größeren Wirkungsgrad zu erzielen.

Mit freundlichem Gruß
im Auftrag

A handwritten signature in black ink, appearing to read "A. Lüdke". The signature is written in a cursive style with a large, sweeping flourish at the end.